

# Gemeindebau: Der Stadt entgehen 123 Mio. Euro

## Interessenvertreter fordern höhere Mieten

**Wohnen.** Knapp die Hälfte aller Wohnungen im Wiener Gemeindebau sind „fehlbelegt“. Dieser Meinung ist zumindest der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB). Er fordert nun eine Reform, die mehr als 100 Millionen Euro zusätzlich in die städtischen Kassen spülen und zugleich die soziale Treffsicherheit erhöhen soll.

49 Prozent aller Mieter im Wiener Gemeindebau verdienen mehr als das Medianeinkommen von 2.000 Euro monatlich, das haben Berechnungen des ÖHGB ergeben. Diese Menschen „können sich problemlos eine frei finanzierte Wohnung leisten“, sagt ÖHGB-Präsident Martin Prunbauer. Auf eine Unterstützung durch die Stadt, die mit ihren Gemeindebauten billigen Wohnraum zur Verfügung stellt, wären sie eigentlich nicht angewiesen. „Wir alle zahlen indirekt für die Gemeindebauten. Das ist gut und wichtig für all jene, die sich das Wohnen sonst nicht leisten könnten“, sagt Prunbauer. Besserverdiener zu fördern, sei „hingegen nicht die Aufgabe der Stadt“.

Nicht zuletzt, weil viele ärmere Menschen auf diese Weise keinen Platz im Gemeindebau finden. 50 Prozent jener Wiener, die unter der Armutsgrenze leben, müssen

sich auf dem freien Markt nach einer Wohnung umsehen. „Da stimmt was nicht“, sagt Prunbauer. „Derzeit ist es in Wien Glückssache, ob man Platz im geförderten Wohnbau findet.“

### Marktübliche Mieten

Prunbauer schlägt eine Reform vor: All jene Mieter im Gemeindebau, deren Einkommen über dem Medianeinkommen liegt, sollten marktübliche Mieten zahlen. Der durchschnittliche Mietzins liegt im Gemeindebau bei 4,4 Euro pro Quadratmeter, auf dem Privatmarkt sind es 7,5 Euro. Über alle Sektoren gerechnet ergibt das einen Mietzins von durchschnittlich 6,1 Euro pro Quadratmeter. Diesen Differenzbetrag sollten die Besserverdiener aufzahlen, sagt Prunbauer.

Die Zahlen des ÖHGB zeigen: Eine allfällige Mietpreiserhöhung würde 123 Millionen Euro jährlich einbringen. „Mit dem Geld könnten wiederum Einkommensschwache unterstützt werden“, so Prunbauer.

Warum er das vorschlägt: Es ärgere ihn, dass die Politik immer wieder suggeriere, dass private Vermieter für günstigen Wohnraum in der Stadt zu sorgen hätten. „Das ist nicht unsere Aufgabe. Die Stadt muss ihre Hausaufgaben machen.“

CHS